

A6 Weder im Bund noch im Land: Kein Sparen an unserer Zukunft!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 26.08.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Anträge

Antragstext

- 1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein möge
2 beschließen:
- 3 In Zeiten sich überlappender und einander verstärkender Krisen ist Sparen keine
4 Lösung, sondern einzig und allein Krisenverstärker. Der Investitionsstau betrug
5 bereits vor Corona 450 Milliarden Euro. Ohne Investitionen in Klimaschutz,
6 Bildung, Infrastruktur, Soziales und Demokratie steht nicht nur
7 gesellschaftliche Zusammenhalt auf der Kippe, sondern auch unsere
8 Lebensgrundlagen. Gleichzeitig gibt es Steuererleichterungen für Reiche und die
9 schwarze Null beibehalten; die Einnahmenseite geht zurück, während die zu
10 bewältigenden Aufgaben mit weiterem Zögern nur größer werden und mehr Kosten
11 verursachen.
- 12 Im Bund setzt die Ampel unter Finanzminister Christian Lindner die schwarze Null
13 durch, während sie weiterhin klimaschädlichen Subventionen in Höhe von 65
14 Milliarden Euro aufrechterhält. Gleichzeitig wird bei zivilgesellschaftlichen
15 Projekten im Kampf gegen Rechts, bei der Kindergrundsicherung, beim Klimaschutz
16 und der Infrastruktur gespart.
- 17 Die Ampel ist als selbsternannte Fortschrittskoalition angetreten. Von einem
18 Aufbruch ist nur wenig zu spüren. Stattdessen versucht die FDP andauernd, Geld
19 von unten nach oben umzuverteilen und Reiche zu entlasten – mit Erfolg.
- 20 Dieser haushaltspolitische Sparwahnsinn muss ein Ende haben. Wir fordern:
- 21 • eine Reform der Schuldenbremse, die Wahlgeschenke wie
22 Steuererleichterungen verhindert, aber massive Investitionen über das
23 Haushaltsvolumen hinaus in Klimaschutz, Bildung, Soziales,
24 zivilgesellschaftliche Projekte für Demokratie und die öffentliche
25 Infrastruktur ermöglicht.
 - 26 • einen konsequenten Abbau klimaschädlicher Subventionen.
 - 27 • ein Sondervermögen für Klimaschutz und Sicherheit in Höhe von 100
28 Milliarden
 - 29 • Entlastung der Kommunen von Altschulden wie im Koalitionsvertrag
30 vereinbart, um Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken und
31 Investitionen in öffentliche Infrastruktur vor Ort zu ermöglichen
 - 32 • Die Einrichtung von öffentlichen Investitionsgesellschaften auf
33 Bundesebene

34 Ebenso darf es keine weiteren Steuererleichterungen für Reche geben – die
35 Einnahmenseite öffentlicher Haushalte muss auch auf Einnahmen verweisen können,
36 um handlungsfähig zu bleiben. Wir fordern:

- 37 • die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- 38 • eine Erbschaftssteuer, die Erbschaften über den bestehenden Freibeträgen
39 deutlich stärker besteuert

40 Im Land ist die Situation schwierig. Im Vergleich zum Bund gibt es im Rahmen der
41 Schuldenbremse nur einen sehr begrenzten Handlungsspielraum, um Schulden
42 aufzunehmen. Gleichzeitig wird das Land vor sinkende Einnahmen durch die
43 Steuererleichterungen des Bundes gestellt und bekommt immer mehr finanzrelevante
44 Aufgaben übertragen bzw. übernimmt übernimmt finanzrelevante Aufgaben freiwillig
45 (z.B. die Finanzierung des Deutschlandtickets). Die Haushaltssperre hat gezeigt,
46 wie drastisch die Lage ist – mit der Folge, dass viele zivilgesellschaftliche
47 Organisationen für einige Zeit finanzielle Unsicherheiten hatten und öffentliche
48 Institutionen blockiert worden sind. Das darf sich nicht wiederholen.

49 Die Lage zum neuen Haushalt wird womöglich ziemlich prekär. Das Land muss ebenso
50 wie der Bund in die Zukunft investieren. Wir fordern:

- 51 • Eine Reform der Schuldenbremse, die den Ländern einen größeren
52 Handlungsspielraum ermöglicht, um Schulden aufzunehmen.
- 53 • Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Soziales, zivilgesellschaftliche
54 Projekte für Demokratie über Sondervermögen
- 55 • Die Einrichtung von öffentlichen Investitionsgesellschaften auf
56 Landesebene

57 Der Staat muss die Möglichkeit haben, notwendige Investitionen zu tätigen, um
58 Menschen sozial abzusichern, um Teilhabe zu ermöglichen, um unsere Infrastruktur
59 und Lebensgrundlagen zu erhalten, um unsere Zukunft zu sichern.
60 Generationengerechtigkeit ist, wenn nicht an unserer Zukunft gespart wird und
61 die Probleme von heute auf die Generationen von morgen übertragen werden.